

Erscheint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonnabend.

Inserate:
für den Raum
einer
kleinsten Zeile
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtsbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 M. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Annoncen-Aannahme in der Expedition bis Mittags 12 Uhr für die am nächstfolgenden Tage erscheinende Nummer.

Auf fremder Erde gestorben.

K. Vor wenig Tagen ist durch die Zeitungen die Nachricht von dem erfolgten Ableben des Königs von Hannover Georg V. gegangen. Er war bis zum letzten Augenblicke seines Erdenlebens ein unverföhnlicher Gegner der Neugestaltung der Verhältnisse Deutschlands, deren weltgeschichtliche Bedeutung er nicht begreifen, nicht verstehen konnte, da er, des Augenlichtes beraubt, nur durch die Augen seiner Minister und Räte, des ihn umgebenden Adels und Clerus sehen konnte und durfte. Von seinem Vater, der nur mit Widerstreben sich zur Verleihung einer Constitution entschloß, hatte er den Haß gegen die Ideen des Jahres 1848 geerbt. Im Jahre 1851 bestieg er den Thron, und seine Regierung machte in dieser Zeit fast allgemeiner Reaction keine Ausnahme von der Regel, denn auch er suchte die liberalen und nationalen Regungen zu bekämpfen, die er für Irthümer der Zeit erklärte. Ein reactionäres Ministerium folgte in Hannover dem andern, und das Ende vom Liede war, daß im Jahre 1855 die Constitution von 1848 aufgehoben wurde, an deren Stelle wiederum die Regierungsform von 1840 trat. Dies brachte auch für Hannover wiederum die Zeit klein-staatlichen Jammers, aus dem heraus sich das deutsche Volk nach freier Bewegung und nach Einigung der nationalen Kräfte sehnte. Das Ende dieses Zeitabschnittes war bekanntlich das Jahr 1866 mit dem gewaltigen Umschwung der Dinge. König Georg widersezte sich in Gemeinschaft mit Oesterreich und den süddeutschen Staaten dem preußischen Bundesreformplan, und als der Krieg begann, lehnte er den auf die Neutralität Hannovers gerichteten Antrag der preußischen Regierung ab, um sich Oesterreich anzuschließen. Die Schlacht von Langensalza entschied, wie bekannt, auch diesfalls zu Gunsten der preußischen Waffen. Das Königreich wurde annektirt, und an der vollzogenen Thatsache änderte weder der am 29. Septbr. 1866 aus Wien erlassene Protest von Seite Georgs, noch die Welfenlegion und anderweit betriebene Agitationen der Welfenpartei auch nur das Geringste. Die Folge dieser Bestrebungen war, daß die eroberte Provinz Hannover schärfer überwacht und regiert wurde, als die übrigen annektirten Provinzen, und daß der mit dem Könige in Betreff seines Privat- und Domainalvermögens abgeschlossene Vertrag vom 27. Septbr. 1867, wonach demselben 16 Millionen Thaler zugesagt wurden, bis heute suspendirt blieb. Georg V. hat lieber sich dieses sicheren Genusses entäußert, als sich den Bedingungen des Siegers unterworfen. In Peking bei Wien fand der Exilirte freundliche Aufnahme, und es wurden ihm vom österreichischen Kaiserhofe alle einer regierenden Majestät gebührenden Aufmerksamkeiten erwiesen. Wohl mochte der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges von 1870 sein Herz mit geheimen Hoffnungen erfüllt haben. Aber die Kenntnisaahme von der wirklichen Gestaltung der Dinge konnte ihm auf die Dauer denn doch nicht ganz und gar vorenthalten werden, so wenig ihm auch verborgen bleiben durfte, daß die Zahl seiner Treuen von Jahr zu Jahr sich verringere, daß seine ehemaligen Unterthanen, mit den Verhältnissen mehr und mehr ausgeöhnt, voll Kampfesmuth eingetreten seien gegen den französischen Uebermuth und für Deutschland. Sollte der Gedanke, daß für ihn und die Seinigen denn doch Alles ganz anders hätte sein können, als es eben war, nicht manchmal das Gefühl der bittersten Reue in seinem Innern wachgerufen haben? Wie sein Schicksalscollege Graf Chambord, der, ohne König gewesen zu sein, in seiner freiwilligen Verdonnung festhält am weißen Banner, so hat Georg V. festgehalten an der gelbweißen Fahne und an den Traditionen seines Königshauses. Diese Unbeugsamkeit hat ihn schon bei Lebzeiten zu dem gemacht, was er am 12. Juni dieses Jahres im eigentlichen Sinne des Wortes geworden ist, zum — todtten Könige.

Tagesgeschichte.

Berlin. Die Beratungen im Staatsministerium über die Vorlagen gegen die sozialdemokratischen Ausschreitungen sind so weit gediehen, daß deren Vorlegung an den Bundesrath im Laufe der nächsten Woche zu erwarten steht. Es ist wahrscheinlich, daß der Bundesrath diese Vorlagen noch vor seinem Eintritt in die Ferien erledigen wird. Allerdings werden mehrere Tage der Vorberathung notwendig sein, da die Bundesratsmitglieder von ihren betreffenden Regierungen sich erst werden Instruktionen einholen müssen. Ob

dem Reichstage in der nächsten Session auch noch andere Vorlagen, als diese Ausnahmegeetze, zugehen werden, darüber verlautet vorläufig noch nichts. Es wird dies voraussichtlich davon abhängen, wie die Verhandlungen über die Ausnahmegeetze verlaufen werden.

Die sozialdemokratische „Berliner Freie Presse“ ist, wie man sich denken kann, nicht wenig verblüfft über das Vorgehen der Fabrikanten und großen Arbeitgeber gegen ihre sozialdemokratischen Arbeiter. Da das Geschrei über diese „moderne Geistesknachtung“ augenscheinlich nicht versängt, so bleibt nur die Frage übrig, was die Arbeiter thun sollen, wenn ihnen anheim gegeben wird, „sich schriftlich zu verpflichten, keine sozialistische Zeitung mehr zu lesen, keinem sozialistischen Verein anzugehören und für sozialistische Zwecke keine Gelder zu geben.“ Die „Berliner Freie Presse“ giebt nun den Arbeitern ruid heraus den Rath, getrost Alles zu unterschreiben, was verlangt wird. Die Herren Arbeitgeber, meint sie, müssen es sich schon gefallen lassen, wenn sie angelogen werden. Es bekundet auch dieser Rath, den die „Berl. Fr. Presse“ den Arbeitern giebt, wieder die pfiffige Taktik, welche die sozialdemokratischen Führer so oft schon erprobt haben. Denn da es unzweifelhaft ist, daß zahlreiche Arbeiter, namentlich auf dem Lande, infolge der jüngsten Ereignisse sich von der sozialistischen Partei in Wahrheit lossagen, so hat die sozialdemokratische Presse nunmehr schon im Voraus die Möglichkeit angebahnt, jene Austritte aus der Partei als bloße Scheinmanöver hinzustellen und zu versichern, die vermeintlich Abtrünnigen seien nach wie vor echte und rechte Sozialdemokraten. Es ist gut, auf diesen Kunstgriff schon jetzt aufmerksam zu machen; um so weniger wird man sich später durch denselben täuschen lassen.

Vom Congreß. Die heuschreckenartig über Berlin hereingebrochene Schaar von 80 auswärtigen Berichterstattern befindet sich in der nicht geringen Verlegenheit, überall vor verschlossenen Thüren zu stehen und doch die Verpflichtung zu fühlen, ihren Blättern durch häufige Telegramme und Berichte die Nothwendigkeit ihrer Anwesenheit in Berlin begründlich zu machen. Es werden deshalb so viele Fäden gesponnen und Euten ausgebrütet, die kein Recht darauf haben, von der Sonne beschienen zu werden. Die „Nordd. Allg. Btg.“ mahnt ausdrücklich zur Vorsicht und empfiehlt, allen Mittheilungen über den Gang der Congreß-Verhandlungen, weil auf diesen zur Zeit noch der Schleier des Geheimnisses ruhe, ein vollständiges Mißtrauen entgegenzusetzen. Die fremden Herren in Berlin können unter diesen Umständen nichts Besseres thun, als gute Miene zum bösen Spiele zu machen und sich nicht zu ärgern, wenn ihnen im Spotte nachgesagt wird, daß jetzt ein Journalisten-Congreß in der Reichshauptstadt tage, zu welchem sich auch einige Diplomaten der Großmächte eingefunden hätten.

Wie die Protestanten in katholischen Ländern noch angesehen und behandelt werden, zeigen u. A. recht eklatant die Erfahrungen der evangelischen Gemeinde zu Innsbruck in Tirol. Dieselbe beabsichtigte den Ankauf eines alten, leer stehenden Schulhauses mit einer Kapelle zu ihren gottesdienstlichen Zwecken. Als diese Absicht bekannt wurde, suchte eine Deputation katholischer Bürger der Stadt bei dem Statthalter Audienz nach, um ihm die Bitte auszusprechen, der evangelischen Gemeinde dieses Haus nicht zu verkaufen. Die Bitte wurde auch erfüllt. Eine bald darauf stattgehabte Generalversammlung der verschiedenen katholischen Vereine von Tirol sprach den Bürgern von Innsbruck für ihr diesbezügliches Vorgehen nicht bloß Dank und Anerkennung aus, sondern faßte nach ihrer Berathung über die Mittel zur Wiederherstellung der Glaubensfreiheit in Tirol auch Beschlüsse, die man heutzutage nicht mehr für möglich halten sollte. Nach diesen Beschlüssen soll Niemand, der ein katholischer Tiroler sein will, ein Gut oder Grundstück oder Haus oder Geschäft an einen Andersgläubigen verkaufen resp. ein Jeder soll einen derartigen Kauf mit allen Mitteln und Kräften zu verhindern suchen. Soll ein in protestantischen Händen befindliches Gut, Haus oder Geschäft verkauft werden, so soll es Pflicht der Katholiken sein, dahin zu arbeiten, daß es wieder in katholische Hände gelange. Außerdem wurde beschlossen, beim Ministerium dahin vorstellig zu werden, daß die beiden in Tirol bestehenden evangelischen Gemeinden nicht zu Recht konstituirte seien und daß deshalb Abhilfe geschafft werden müsse. Insbesondere solle auch mit Aufbietung aller Mittel jeder Ankauf eines Baugrundes von Seiten der protestantischen Gemeinden in Innsbruck und Meran verhindert werden, um die Ge-